Gegenüberstellung alter – neuer Konzessionsvertrag

Der neue Gas-Konzessionsvertrag beinhaltet gegenüber dem alten Vertrag auf Grund des neuen Energiewirtschaftsgesetzes nur noch das Wegennutzungsrecht und nicht mehr die Gaslieferung, da jeder Gasabnehmer sich seinen Lieferanten unter den am Markt befindlichen Unternehmen frei wählen kann.

Das der Gemeinde vorliegende Vertragsangebot entspricht den mit den Kommunalen Spitzenverbänden erarbeiteten Muster-Konzessionsvertrag. Der Vertrag ist von einem unabhängigen Gutachter begutachtet worden.

Der neue Vertrag gewährt der Gemeinde einschließlich ihrer rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe für den in Niederdruck abgerechneten Eigenverbrauch der Gemeinde einen Preisnachlass für den Netzzugang von 10 % des Rechnungsbetrages und zwar für alle Lieferungen, unabhängig von der Tarifwahl. Der alte Vertrag gewährte auf das zur Deckung des kommunalen Bedarfs zu den allgemeinen Tarifpreisen gelieferte Gas einen Nachlass von 10%, sofern das Gas für Einrichtungen verwendet wird, die öffentlichen Zwecken dienen. Für diese Tarife bestehen in der Regel keine Abnahmestellen im kommunalen Bereich mehr, da hierfür auf Grund der erhöhten Abnahme ein Sonderabkommen gewählt wurde.

MITGAS zahlt der Gemeinde neben der gesetzlich höchstmöglichen Konzessionsabgabe auch Gewerbesteuer nach einer vom Finanzamt Halle vorgegebenen Splittung.

Mit dem neuen Konzessionsvertrag geben wir eine Gewährleistung auf erfolgte Baumaßnahmen von MITGAS, für die Wiederherstellung der öffentlichen Verkehrsräume von jetzt fünf Jahren ab Abnahme.

Verbesserte Folgekostenregelung - im alten Vertrag wurde eine hälftige Teilung der Kosten bei durch die Kommune verursachten Baumaßnahmen ohne zeitliche Begrenzung festgeschrieben. Mit dem neuen Vertrag wird folgendes vereinbart:

- Veranlasst die Stadt diese Folgepflichten, tragen in den ersten 3 Jahren nach Inbetriebnahme der betreffenden Gasversorgungsanlagen MITGAS und die Stadt je 50% der Folgekosten.
- Ab dem 4. Jahr trägt MITGAS 100 % der Folgekosten.

Für die Berechnung der genannten Fristen maßgebend ist der Zeitpunkt der Errichtung der von den Maßnahmen betroffenen Bestandteile der Gasverteilungsanlage bzw. Gasdruckregelstation.